

Liebe Linnicherinnen und Linnicher,

ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen, als neuer Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Düren/Jülich. Mein Name ist Maximilian Dichant, ich bin 26 Jahre alt und seit dem 24. November 2018 habe ich die große Ehre, die über 1.700 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreis Düren zu vertreten. Ich bin geboren in Düren, aufgewachsen in Heimbach und habe in Köln Medienwirtschaft sowie Marketing und Kommunikation studiert. Berufserfahrung habe ich in einer Kölner Werbeagentur sammeln können und als wissenschaftlicher Mitarbeiter unseres Landtagsabgeordneten Peter Münstermann. Aktuell bin ich bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Düren als Projektleiter beschäftigt. Dort arbeite ich, genau wie im Kreistagsausschuss für Kreis- und Regionalentwicklung, an Themen wie dem Infrastrukturausbau, der Entwicklung von Gewerbegebieten und dem Strukturwandel im Rheinischen Revier. Diese und viele weitere wichtige Zukunftsfragen wollen wir im neuen Vorstand des Kreis-SPD in den kommenden Jahren diskutieren, allem voran auch mit Ihnen – den Bürgerinnen und Bürgern!



Vorab möchte ich Ihnen und Ihrer Familie aber im Namen aller Sozialdemokraten im Kreis Düren ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen. Nutzen Sie die besinnlichen Tage um zur Ruhe zu kommen und etwas Zeit mit Ihren Liebsten zu verbringen. Viel zu oft geht uns im stressigen Alltag leider die Gelegenheit hierzu verloren. Lassen Sie also während der Feiertage die Möglichkeit nicht verstreichen enger mit den Menschen zusammenzurücken die Ihnen wichtig sind. Genießen Sie die Weihnachtszeit und kommen Sie gut ins neue Jahr. Auch hierfür möchte ich Ihnen abschließend alles Gute und viel Erfolg wünschen – vor allem aber Gesundheit!

Mit weihnachtlichen Grüßen

Max Dichant

Straßenbaubeiträge

SPD Linnich schließt sich der Forderung der Landtagsfraktion an

Der §8 Kommunalabgabengesetz für das Land NRW soll dahingehend geändert werden, dass die Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeiträge in NRW abgeschafft wird und somit die Kommunen keine Ausbaubeiträge mehr von Anliegern erheben. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen zu kompensieren.

Wenn das Straßennetz erneuert, erweitert oder verbessert wird, werden die anliegenden Grundstückseigentümer in NRW an den Kosten beteiligt.

Dabei regeln die Kommunen die Kostenbeteiligung der Grundstückseigentümer sehr unterschiedlich, wie der Bund der Steuerzahler kürzlich festgestellt hat. Diese Beiträge belasten die Hausbesitzer als betroffene Anlieger oftmals unverhältnismäßig und teilweise existenzbedrohend.

Dies wird zunehmend als ungerecht empfunden. Gerade in Zeiten der in den letzten Jahrzehnten entstandenen allgemeinen Mobilität und mit Blick darauf, dass die Nutzung der Straßen in fast allen Fällen durch die Allgemeinheit erfolgt und sich nicht auf die Anlieger beschränkt, kann aus unserer Sicht nicht mehr dem Sachargument, dass die Anlieger die Hauptnutznießer des jeweiligen Straßenausbaus sind, gefolgt werden.

Wir halten die bislang geltenden Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht mehr für zeitgemäß und sachgerecht.

Der Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen erhebt ähnliche Forderungen und hat eine Volksinitiative in Gang gesetzt.

Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite steuerzahler-nrw.de.

Wohnungsbau in NRW Pläne der NRWSPD

Die Lage

In Deutschland wohnt der weit überwiegende Teil der Menschen zur Miete, in NRW sind es knapp 57,5%.

Die Mieten sind in NRW in den vergangenen fünf Jahren um fast 20% gestiegen, die Reallohnzuwächse nur etwa um die Hälfte. Die Mietsteigerungen sind nur zu einem Teil auf gestiegene Kosten zurückzuführen. Viele Investoren nutzen die Not der Menschen aus, um die Renditen zu erhöhen.

Es ist schlicht nicht hinnehmbar, wenn Familien mit mittlerem Einkommen, Alleinerziehende und Studierende 40% oder mehr ihres Einkommens für Wohnen aufbringen müssen. 80.000 Wohnungen fehlen in NRW jedes Jahr.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis - Wohnungen dürfen keine Ware wie jede andere sein.

Was wir wollen

Für die NRWSPD besitzt die Verstärkung des Wohnungsbaus erste sozialpolitische Priorität. Wir haben vor kurzem eine wohnungspolitische Kommission eingesetzt, bei der auch externe Expertinnen und Experten, wie etwa Vertreter von der IG BAU, von ver.di, des Deutschen Mieterbunds, der SGK, etc. mit dabei sind.

Neben den auf Bundesebene bereits getroffenen Entscheidungen (Verbesserung der Mietpreisbremse, steuerliche Förderung von Investitionen in den Wohnungsbau, Baukindergeld und Abgabe von Grundstücken des Bundes an die Kommunen), brauchen wir hier in NRW eine aktivere Rolle des Staates, um eine soziale Katastrophe zu verhindern.

**Konkret heißt das:
Das Land muss selbst bauen –
Das Land braucht eine eigene Landeswohnungsbaugesellschaft.**

Wir müssen das Wohnungsbauprogramm des Landes verstärken und auf Mietwohnungsbau konzentrieren.

Wir brauchen einen Mietenstopp.

Wir müssen die Kommunen bei der Planung und Grundstücksentwicklung unterstützen.

Wir müssen die Preisexplosion der Grundstückspreise stoppen.

Straßenbaubeiträge: CDU und FDP lassen Bürger alleine

Zu den vorgestellten Plänen der schwarz-gelben Regierungskoalition erklärt Christian Dahm, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW:

„Die Pläne sind in weiten Teilen eine sehr schlechte Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Mit ihren Plänen zur künftigen Gestaltung der Straßenausbaubeiträge nehmen CDU und FDP keine Rücksicht auf die Interessen der Menschen in diesem Land. Die Anwohnerinnen und Anwohner wollen von dieser Last befreit werden, sie haben oftmals existenzielle Sorgen angesichts der hohen Gebührenbescheide. Was CDU und FDP planen, löst ihr Problem nicht. Die Koalition will es den Kommunen freistellen, ob sie Beiträge erheben. Das wird dazu führen, dass reiche Städte ihre Wohnstraßen ausbauen und sanieren. Finanzschwache Städte werden entweder nicht bauen oder aber ihre Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bitten müssen. Das ist im höchsten Maße ungerecht und unsozial. Der Vorschlag von CDU und FDP spaltet das Land. Unser Vorschlag: Die Beiträge der Anwohnerinnen und Anwohner müssen im vollen Umfang vom Land übernommen werden. Das ist eine klare Lösung im Sinne der Menschen in NRW.“

Hottorf Baugebiet nahezu komplett vermarktet



Die Stadtentwicklungsgesellschaft hat es geschafft. Fast alle Baugrundstücke in Hottorf sind vermarktet. Das gilt jetzt übrigens auch für die anderen Baugebiete.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Ortsverein und SPD-Ratsfraktion Linnich

Redaktion: Heinz-J. Schiffer (verantwortlich), Alfons Batsch, Marion Schunck-Zenker, Hans-Fr. Oetjen

Im Wiesengrund 13, 52441 Linnich

Druck: xposeprint

**Silbersteinstr. 7,
97424 Steinfurt**

SPD Antrag zur Baulandentwicklung Flächennutzungsplanentwicklung auf den Weg gebracht Störfeuer von der CDU Fraktion

Ungereimtes zur künftigen Baulandentwicklung ist man von der CDU-Fraktion, und insbesondere von ihrem Vorsitzendem, seit langem gewöhnt. In der Ausschusssitzung vom 18.09.d.J. lag eine Verwaltungsvorlage zur Entwicklung von zwei Baugebieten in Boslar und Floßdorf vor. Das Protokoll vermerkt dazu: „ Ausschussmitglied Grün stellt für die CDU- Fraktion den Antrag TOP 9 zu vertagen. Er begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die zum Thema Neubaugebiete erfolgten Workshops.“ Dem war der Ausschuss gegen die Stimmen der SPD gefolgt. Einmal mehr war die Baulandentwicklung auf die lange Bank geschoben worden.

Darum hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag in die Beratung eingebracht:

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote zur Erarbeitung / Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Stadt Linnich einzuholen und die Vergabe vorzubereiten.

Die Vergabe des Auftrages zur Erarbeitung / Überarbeitung soll spätestens im 1. Quartal 2019 erfolgen.

Begleitend zur Erarbeitung des FNP werden parallel dazu in allen Ortschaften der Stadt Linnich weitere Wohnbauflächen entwickelt. Dieses wird in der ersten Stufe Bestandteil des Auftrages zur Erarbeitung des FNP.

Die Entwicklung der Wohnbauflächen wird in einer ständig fortzuschreibenden Prioritätenliste begleitend zur FNP-Planentwicklung fortgeschrieben.

In der ersten Stufe werden zunächst für die kurzfristig realisierbaren Wohnbaugebiete

1. Boslar im Bereich zwischen Vikariestraße und Frühlingsstraße
2. Flossdorf, alternativ innerörtlich oder in der Verlängerung Burgbergstraße
3. Kofferen, Ortsausgang Richtung Lövenich

entwickelt. Hierzu wird eine Klärung darüber herbeigeführt, welche planungsrechtlichen Instrumente in rechtssicherer Form für eine Entwicklung der Bereiche zum Tragen kommen können.

Entsprechende Haushaltsmittel werden ab dem Haushalt 2019 fortlaufend bereitgestellt.

Begründung:

Der Stadtrat, der Fachausschuss und mehrere Workshops haben sich mit der Thematik von FNP und der Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohnbauflächen befasst.

Anträge zum FNP, zu Gewerbeflächen und der Ausweisung von Baugebieten sind aus unterschiedlichen Gründen nicht zum Tragen gekommen. Die Ergebnisse der Workshops sind bisher nur theoretisch und haben keine Aktivitäten nach sich gezogen.

Der mehrfache Hinweis auf die Erarbeitung des FNP oder einer Gesamtkonzeption führt zu weiteren Verzögerungen einer aktiven Entwicklungspolitik.

Bis heute gibt es keinen konkreten Auftrag zur Erarbeitung des FNP. Diese Erarbeitung wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Der Hinweis auf eine Gesamtkonzeption hilft auch nicht weiter, da auch hier mit einem langem Zeitraum zu rechnen ist. Diese Gesamtkonzeption muss sukzessive mit konkreten Maßnahmen unterfüttert werden.

Es kam allerdings wie es kommen musste. Wieder langatmig Störfeuer aus der CDU-Fraktion, die partout keine weitere Ausweisung eines Baugebietes in Boslar wollte. Auf Anregung aus der CDU wurde daher dieser Punkt gestrichen, alles andere aber Gott sei Dank beschlossen.

Jetzt sind wir hoffentlich endgültig auf dem richtigen Weg.